

Nicht zu verkaufen!

*Agrarland in Entwicklungs- und Schwellenländern
als neues Anlageprodukt.*



Impressum

Erscheinungsort und Datum:
Siegburg, November 2013

Herausgeber:

SÜDWIND e.V. –

Institut für Ökonomie und Ökumene
Lindenstraße 58–60, 53721 Siegburg

Tel.: +49 (0)2241-26 609 0

Fax: + 49 (0)2241-26 609 22

info@suedwind-institut.de

www.suedwind-institut.de

Bankverbindung:

KD-Bank (BLZ: 350 601 90)

Konto-Nr.: 99 88 77

IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77

BIC: GENODED1DKD

Autor/in:

Antje Schneeweiß, Patrick Weltin

Redaktion und Korrektur:

Dr. Peter Müller, Vera Schumacher,

Ester Vogt

V.i.S.d.P.: Martina Schaub

Gestaltung und Satz:

Frank Zander, Berlin

Druck und Verarbeitung:

Brandt GmbH, Bonn

Gedruckt auf Recycling-Papier

Titelfoto: Bali, Indonesien, Atwater

Village Newbie/Flickr.com

ISBN: 978-3-929704-80-8

Der Herausgeber ist für den Inhalt
allein verantwortlich.

Mit finanzieller Unterstützung des BMZ.



Gefördert durch:

**Brot
für die Welt**

Brot für die Welt –
Evangelischer
Entwicklungsdienst



Gefördert durch den Evangelischen
Kirchenverband Köln und Region, die
Evangelische Kirche im Rheinland,
die Evangelische Kirche von Westfa-
len und die Altner Combecher-Stif-
tung für Ökologie und Frieden.

Inhalt

| | |
|---|-----------|
| Abkürzungsverzeichnis | 4 |
| 1. Vorwort | 4 |
| 2. Welches Phänomen verbirgt sich hinter dem Begriff „Landgrabbing“? | 5 |
| 3. Ursachen und Auswirkungen von Landerwerb | 6 |
| 3.1 Motiv Geldanlage oder Sicherung der Ernährungsversorgung? | 6 |
| 3.2 Das Ausmaß der Landnahme | 7 |
| 3.3 Die Zielländer | 8 |
| 3.4 Landgrabbing und soziale Probleme | 9 |
| 3.5 Landgrabbing und Umwelt | 10 |
| 4. Deutsche SparerInnen und Landraub | 11 |
| 4.1 Indirekte Investitionen in Agrarland | 11 |
| 4.1.1 Investitionen in Wertpapierfonds | 11 |
| 4.1.2 Nachhaltiger Agrarfonds? | 14 |
| 4.2 Direkte Investitionen in die Landwirtschaft der Entwicklungsländer | 16 |
| 4.2.1 Alterssicherung durch Investitionen in Land | 16 |
| 4.2.2 Private Equity – nachhaltige Investitionen in Großfarmen? | 16 |
| 4.3 Landraub – Welche Rolle spielen Investoren aus dem Norden? | 18 |
| 5. Kapitalbedarf im Agrarsektor in Entwicklungsländern | 19 |
| 6. Alternativen zur Landnahme | 20 |
| 6.1 Neue Modelle der Kooperation | 21 |
| 6.2 Nachhaltige Investitionen in die Landwirtschaft | 21 |
| 6.2.1 GLS Sekem | 22 |
| 6.2.2 Hivos-Triodos-Fonds | 22 |
| 6.2.3 Jain Irrigation | 23 |
| 7. Fazit | 25 |
| 8. Literatur | 26 |

Schwerpunkt Flächenkonkurrenz

In den vergangenen Jahren hat sich weltweit die Debatte über die Nutzung von Land zugespitzt. Dazu haben hauptsächlich zwei Aspekte beigetragen: Die vermehrte Nutzung von Pflanzen für die Herstellung von Agrotreibstoffen sowie eng damit verbunden, der Kauf von großen Landflächen in Entwicklungsländern durch private und staatliche Unternehmen aus Industrie- und Schwellenländern.

Eine nähere Betrachtung der Nutzung von Land vor dem Hintergrund des steigenden Nahrungsmittelbedarfs einer wachsenden Weltbevölkerung sowie des Verlusts von Anbauflächen durch Klimawandel sollte jedoch noch weitere Bereiche im Blick haben. Zu diesen gehört unter anderem die Nutzung großer Flächen in Entwicklungsländern für den Anbau von Exportprodukten, darunter beispielsweise Palmöl, Baumwolle, Kaffee oder Kakao und der immer höhere Fleischkonsum, verbunden mit wachsenden Anbauflächen für Futtermittel. Der Druck auf die Flächen wird noch dadurch erhöht, dass aufgrund des Booms bei energetischen

und metallischen Rohstoffen große Flächen für die Nutzung durch Mininggesellschaften reserviert werden.

Die Nutzung großer Flächen für die Exportproduktion wiederum löst verschiedenste Migrationsbewegungen aus, verbunden mit meist schlechten Arbeitsbedingungen in der Agrarexportproduktion oder im informellen städtischen Sektor.

Darüber hinaus sind Land und die Nutzung von Land zunehmend ins Blickfeld von Investoren geraten, die teilweise direkt in Land investieren oder aber in die Produkte, die auf dem Land angebaut werden. Die verschiedenen Aspekte lassen sich unter dem Stichwort Flächenkonkurrenz bündeln und werden von SÜDWIND in drei Studien und acht Fact-Sheets herausgearbeitet. Die zu dieser Reihe gehörende Studie „Von weißem Gold und goldenem Öl - Flächennutzungskonflikte und Migration an den Beispielen Baumwolle und Palmöl“ ist im Frühjahr 2013 erschienen und der zweite Band „Sieh zu, dass Du Land gewinnst“ wurde im Oktober 2013 veröffentlicht.



süd
INSTITUT FÜR ÖKONOMIE
UND ÖKUMENE

Von weißem Gold und goldenem Öl
*Flächennutzungskonflikte und Migration
an den Beispielen Baumwolle und Palmöl*

Sabine Ferenschild



süd
INSTITUT FÜR ÖKONOMIE
UND ÖKUMENE

Sieh zu, dass Du Land gewinnst.
Zunehmende Konkurrenz um knappe Flächen

Friedel Hütz-Adams, Irene Knoke, Friederike Niewerth

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|------------------|---|
| ACL | African Crops Limited |
| ADI | Ausländische Direktinvestitionen |
| FAO | Food and Agriculture Organization |
| FIAN | FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk |
| FPIC | Free, Prior and Informed Consent |
| IFC | International Finance Corporation |
| ILC | International Land Coalition |
| ILO | International Labour Organisation / Internationale Arbeitsorganisation |
| IWF | Internationaler Währungsfonds |
| ODA | Official Development Assistance |
| RSPO | Roundtable on Sustainable Palm Oil |
| SABL | Special Agriculture and Business Leases. Langfristige Pachtverträge auf Papua-Neuguinea. |
| TIAA-CREF | Teachers Insurance and Annuity Association – College Retirement Equities Fund. Amerikanischer Pensionsfonds. |

1. Vorwort

Für diese Studie wurde eine Liste von Investmentangeboten im Agrarbereich analysiert. Untersucht wurde, wie diese Angebote mit Berichten zu Landraub und der Vertreibung von Menschen in Entwicklungsländern in Verbindung zu bringen sind. Das Ergebnis ist, dass es kaum Produkte gibt, die direkt mit Landraub in Verbindung stehen, wohl aber eine Reihe, bei denen ein indirekter Bezug besteht.

Hierzulande sind AnlegerInnen an diesen extremen Formen des Landraubs am ehesten über Investitionen in Aktienfonds beteiligt, die sich auf Unternehmen mit einem Bezug zur Landwirtschaft spezialisiert haben („Agrarfonds“).

Direkte Investitionen in Land oder bäuerliche Betriebe beziehen sich zumeist auf Länder mit relativ guten Rechtssystemen wie Australien, Neuseeland und Osteuropa. Damit betreffen die meisten dieser Angebote Länder, in denen es bisher nicht zu systematischen Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Agrarinvestitionen gekommen ist. Allerdings gibt es auch einige Investitionsangebote für Lateinamerika, wo Fälle von unrechtmäßigen Landnahmen durch Agrarunternehmen bekannt geworden sind.

Dies beruhigt jedoch nur zum Teil. Denn auch in diesen Ländern trägt der Zustrom von Kapital dazu bei, dass die großflächige, industrialisierte Landwirtschaft gestärkt wird, obwohl diese mit einer Gefährdung der Biodiversität, einer Auslaugung und Versalzung der Böden und einer Gefahr für den Zugang zu sauberem Trinkwasser einhergeht.

Eine landwirtschaftliche Wende hin zu langfristig tragfähigen Strukturen der Lebensmittelproduktion wird durch diese Investitionen generell erschwert. Mit ihnen geht die Erwartung einher, mittelfristig aus dem Land überdurchschnittliche Gewinne zu erzielen, eine Absicht, die einer ökologisch und sozial angemessenen Bewirtschaftung in den meisten Fällen entgegensteht.

Investoren, die ihr Kapital breiter streuen möchten und dabei Agrarinvestitionen mit berücksichtigen, sollten sich deshalb nach Angeboten umsehen, in denen die langfristigen Folgen für Mensch und Umwelt sorgsam bedacht und die Situation der AnwohnerInnen und FarmerInnen berücksichtigt wurden.

2. Welches Phänomen verbirgt sich hinter dem Begriff „Landgrabbing“?

Der Begriff Landgrabbing hat im Zusammenhang mit der parallel zur Finanzkrise verlaufenden Nahrungsmittelkrise 2007/2008 zu emotionalen Debatten geführt. Er beschreibt die nicht gänzlich neue, jedoch in ihren Dimensionen, ihrer Langfristigkeit, ihrem Tempo und ihrer globalen Reichweite bis dahin unerreichte Praxis des Landerwerbs von ausländischen Investoren vornehmlich in Entwicklungs- und Schwellenländern (Vgl. TNI 2012:8).

Neben dem direkten Kauf von Agrarland umfasst der Begriff die über Jahrzehnte festgeschriebene Verpachtung großer Landflächen. Eine Reihe von Kriterien hilft dabei, das Phänomen einzugrenzen und näher zu bestimmen. Auch die Abgrenzung zum konfliktfreien Landerwerb ist nötig. Allgemein kann das Pachten oder der Erwerb von Land durch ausländische Investoren mit dem neutralen Begriff der Ausländischen Direktinvestitionen (ADI) in Land beschrieben werden. Nach einer Definition der „International Land Coalition“ (ILC) aus dem Jahre 2011 wird erst ab einer Vertragsgröße von 200 Hektar von Landgrabbing gesprochen. Es liegt ein „Landraub“ vor, wenn Menschenrechte ver-

letzt wurden, die lokale Bevölkerung weder in den Entscheidungsprozess einbezogen¹, noch informiert wurde oder intransparente, nicht-verbindliche Verträge abgeschlossen worden sind. Auch kann von Landraub gesprochen werden, wenn im gesamten Prozess keine sozialen, ökonomischen oder ökologischen Folgen, insbesondere auch im Hinblick auf die Auswirkungen des Landerwerbs auf Frauen berücksichtigt wurden (Vgl. Geary 2012: 5). Die Nichtregierungsorganisation FIAN benennt als entscheidendes Definitionskriterium die Verteilungseffekte, die für lokale oder nationale Bevölkerungen aus einer Landnahme oder einer Kontrolle über ein Stück Land für den kommerziellen Anbau entstehen. (Vgl. Herre / Spaargaren / van Gelder 2010: 6).

¹ Als Richtlinie dient dabei die freie, im Vorfeld ablaufende und informationsbasierte Zustimmung (FPIC).



Von Landgrabbing sind häufig verwundbare Bevölkerungsgruppen betroffen, Foto: Bill & Melinda Gates Foundation/Flickr.com

3. Ursachen und Auswirkungen von Landerwerb

Das wichtigste Motiv der vermehrten Investitionen in Land ist die gestiegene Nachfrage nach Nahrungsmitteln und mehr noch die *Erwartungen* auf steigende Nachfrage nach Nahrungs- und Futtermitteln in der Zukunft. Die Grundlage für diese Erwartungen ist die Zunahme der Weltbevölkerung und die sich ändernden Ernährungsgewohnheiten, wie der steigende Fleischkonsum in Schwellenländern wie China. So werden von vielen Akteuren stetig steigende Preise für Nahrungsmittel und andere Agrargüter erwartet. Der zunehmende Einsatz nachwachsender Rohstoffe als Ersatz für endliche, fossile Energieträger ist ein weiterer bedeutender Grund für Preissteigerungen und die Attraktivität von Agrarinvestitionen. Zudem lassen die prognostizierten Einschränkungen der Landwirtschaft durch den Klimawandel und die Übernutzung der Böden in einigen Regionen der Welt erwarten, dass Land und landwirtschaftliche Güter allgemein an Wert gewinnen.

Auf der Grundlage dieser langfristigen Trends war die Entwicklung auf den Finanzmärkten seit 2007 der Auslöser für großflächige Landkäufe. In den Jahren 2008 und 2011 schnellten die Preise für viele Grundnahrungsmittel in die Höhe. Die Regierungen von Ländern wie Saudi-Arabien oder Südkorea, die auf Nahrungsmittelimporte zu Weltmarktpreisen angewiesen sind, erkannten darin eine Gefahr für die Versorgung ihrer Bevölkerung mit günstigen Lebensmitteln. Vermehrt schlossen sie daraufhin Verträge über Landkäufe besonders in afrikanischen Ländern ab, mit dem Ziel dort unabhängig vom Weltmarkt Nahrungsmittel für die Versorgung der eigenen Bevölkerung anzubauen. Der wahrscheinlich durch die Rohstoffspekulation noch verstärkte Preisanstieg Ende des letzten Jahrzehnts wirkte daher wie ein Katalysator auf das Phänomen des großflächigen Landerwerbs.

Entwicklung der Nahrungsmittelpreise 1990–2013 (2002–2004 = 100)



Quelle: FAOSTAT 2013

► 3.1 Motiv Geldanlage oder Sicherung der Ernährungsversorgung

Generell können drei Gruppen von Investoren unterschieden werden: Staaten, institutionelle Investoren und Unternehmen. Für diese drei Investorengruppen können spezifische Motivationen herausgearbeitet werden.

Staaten kaufen bzw. pachten in der Regel aus Gründen der eigenen Ernährungssicherung große Landflächen. Die Käufer sind zum Einen Golfstaaten wie Katar, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, in geringerem Maße aber auch Schwellenländer wie

China, Indien und Südkorea. Für diese Länder steht die Ernährungssicherung im Vordergrund. Von den Industrieländern beteiligt sich Japan am Landkauf.

Institutionelle Investoren, wie spezialisierte Investmentfonds, Private Equity- und Hedgefonds oder Pensionsfonds sehen im direkten Ankauf von Land oder im Kauf von Wertpapieren von Unternehmen, die im Agrarbereich tätig sind, eine aussichtsreiche Alternative zu herkömmlichen Anlagen. Die Motivation ist hier vor allem die Aussicht auf eine höhere und stabilere Rendite. Da

die Wertentwicklung von Aktien im letzten Jahrzehnt großen Schwankungen unterlag und sichere Anleihen über Jahre nur eine sehr geringe Rendite ermöglichen, suchen Investoren nach Alternativen. Investitionen in die Landwirtschaft sind eine Option, da die Gewinnaussichten angesichts des höheren Bedarfs als gut angesehen werden. Gleichzeitig gehen Investoren davon aus, dass die Wertentwicklung von Ackerland sich unabhängig von der Wertentwicklung an den Aktienmärkten und Rentenmärkten entwickelt und sich damit die Wertentwicklung eines Portfolios stabiler gestalten könnte.

Institutionelle Investoren, die ethische Kriterien berücksichtigen, haben aus der Diskussion um Landgrabbing durchaus schon Konsequenzen gezogen. So hat der norwegische Pensionsfonds im Jahr 2012 Aktien von 23 Palmölproduzenten und -händlern abgestoßen, die nach Meinung des Fonds nicht nachhaltig sind: Sie stehen nachweislich mit Umweltzerstörung sowie mit Menschenrechtsverletzungen in ihrer Lieferkette bzw. in der eigenen Produktion in Zusammenhang.

Zuletzt gibt es *Unternehmen* aus dem Bereich des Agribusiness², wie Händler und Verarbeiter von Getreide

und Ölsaaten, die sich mit dem Kauf von Land den Zugang zu ihrem Ausgangsprodukt sichern. Nachdem seit den 1980er Jahren Agrarunternehmen die Produktion zunehmend ausgelagert hatten, kehrt sich nun dieser Trend um: Diese Unternehmen wollen die Produktion der Agrarprodukte wieder näher an sich binden, um sich den Zugang zu sichern und die gewünschte Qualität garantieren zu können. Diese Unternehmen kaufen oder pachten deshalb zunehmend direkt Land, um dort das bevorzugte Produkt zu kultivieren oder sie investieren in bereits vorhandene Betriebe, um auf die Erträge zurückgreifen zu können. (GRAIN 2012: 26).

Über diese drei Gruppen von Investoren fließen Milliardensummen in die Landwirtschaft von Entwicklungsländern. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen, da der Agrarsektor in Entwicklungsländern dringend Investitionen bedarf. Allerdings berücksichtigen die meisten Initiativen von Investoren die Bedürfnisse der Länder und besonders die der Landbevölkerung viel zu wenig, um dort positive Auswirkungen zu haben. Einseitig auf hohe Erträge und am Vorbild der Intensivierung der Landwirtschaft im Norden ausgerichtet, richten sie oft mehr Schaden an als Nutzen zu bringen.

► 3.2 Das Ausmaß der Landnahme

Mit dem Projekt der *Land Matrix* (www.landmatrix.org) wurde von zahlreichen Nichtregierungsorganisationen, wissenschaftlichen Institutionen und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit der Versuch unternommen, das genaue Ausmaß der Landnahme zu untersuchen und alle bekannten Daten zusammenzuführen.

Laut Land Matrix gab es seit dem Jahr 2000 insgesamt 850 transnationale abgeschlossene Verträge über den Verkauf oder die Verpachtung von Land mit einem Volumen von mindestens 200 Hektar, die eine Gesamtfläche von 31,93 Mio. Hektar umfassen. Zusätzlich sind über 100 weitere Vorhaben bekannt, die Investitionen auf 15,4 Mio. Hektar Agrarfläche darstellen.³

Jedoch gibt es aufgrund einer ungenauen Datenlage

große Unsicherheiten bei der genauen Bestimmung des Ausmaßes der Landnahme. So gehen auch die Betreiber der Land Matrix davon aus, dass längst nicht alle Transaktionen bekannt sind.

Außer den oben genannten Kriterien zu Zeitraum und Größe wird eine Transaktion von der Land Matrix in die Datenbank aufgenommen, wenn ein Transfer von Nutzungs-, Kontroll- oder Besitzrechten stattgefunden hat und das Potential birgt, das betroffene Land in kommerzielle Nutzung umzuwidmen.

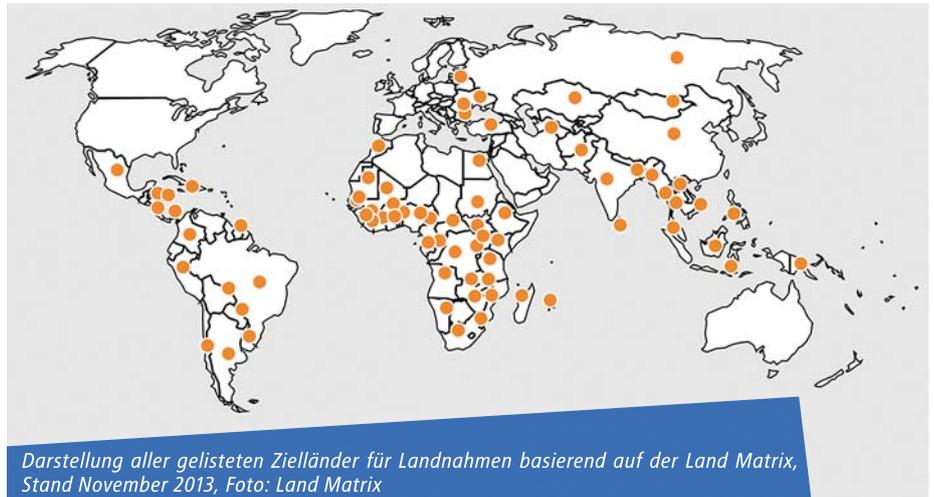
Weitere Unsicherheiten ergeben sich dadurch, dass große Teile der gekauften oder gepachteten Fläche nach dem Erwerb durch Investoren nicht genutzt werden. Projekte wurden z.B. aufgrund von zivilgesellschaftlichen Protesten oder einer negativen Medienberichterstattung nicht realisiert, weitere scheiterten, weil rechtliche, technische oder finanzielle Probleme auftraten. Für die ansässige Bevölkerung bedeutet dies jedoch oft keine Verbesserung der Lage, da diese häufig schon umgesiedelt wurde, Waldflächen gerodet sind

2 Mit dem Begriff werden alle Bereiche der Produktion, des Handels und des Vertriebs in der Agrar- und Ernährungswirtschaft bezeichnet.

3 Die Daten beruhen auf dem Stand von November 2013. Es ist zu beachten, dass die Daten der Landmatrix ständig aktualisiert und korrigiert werden.

oder sich die Projekte einfach nur auf unbestimmte Zeit verschieben.

Bei allen Unklarheiten über das Ausmaß des Phänomens gibt es zu einer Reihe von Landverkäufen aber durchaus detailliertere Informationen, aus denen ersichtlich wird, welche Nutzung zu wessen Vor- und Nachteil stattfindet.



► 3.3 Die Zielländer

Die Zielländer dieser neuen Art von Agrarinvestitionen liegen weltweit verteilt, jedoch stehen einige wenige Länder und Regionen im Zentrum des Interesses. Diese sind beispielsweise Ost- und Westafrika oder auch Südostasien. Laut Landmatrix besteht das größte Interesse von transnationalen Investitionen in Land in Südostasien (283 Landdeals), gefolgt von Ostafrika (194) und Westafrika (115) (Land Matrix: 16.10.2013). Dementsprechend sind die nach Fläche am stärksten betroffenen Länder der Sudan, der Südsudan, Äthiopien, Mosambik, die Demokratische Republik Kongo, Indonesien, Papua-Neuguinea, Sierra Leone und Liberia. Diese Länder vereinen allein schon fast zwei Drittel der Zielflächen auf sich (Land Matrix: 30.09.2013).

Diese Länder zeichnen sich dadurch aus, dass ihre Gesetzgebung Investoren schützt, die Landrechte der BäuerInnen jedoch unsicher sind (Vgl. Anseeuw et al. 2012a: vii). So ist in vielen dieser Staaten die Zentralregierung nicht nur der wichtigste formelle Besitzer von Land, sondern sie verfügt auch über die Rechte zur Verteilung von Land. Dies bedeutet für Investoren, dass der Verkauf des Landes durch die Regierung formell legal ist, auch wenn die Gewohnheitsnutzer, seien es Hirten, indigene Bevölkerungsgruppen oder BäuerInnen dadurch vertrieben werden (Vgl. Anseeuw et al. 2012b: 52).

Die Liste der bevorzugten Zielländer von Landkäufen zeigt zudem, dass Investoren besonders stark in Staaten vertreten sind, deren Regierungen schlecht geführt und anfällig für Korruption sind. Die Verhandlungen

um den Verkauf laufen häufig entsprechend intransparent und meist ohne Beteiligung der Betroffenen ab.

Indikatoren für Korruption und gute Regierungsführung betroffener Länder

| Land | Korruptions-Ranking Indikator (CPI 2012) (1–174) | Weltbank-Governance-Indikator „Voice / Accountability“ (0–100) |
|-----------------|--|--|
| Äthiopien | 113 | 12 |
| DR Kongo | 160 | 6 |
| Indonesien | 118 | 51 |
| Kambodscha | 157 | 19 |
| Liberia | 75 | 36 |
| Mosambik | 123 | 43 |
| Papua-Neuguinea | 150 | 47 |
| Sierra Leone | 123 | 36 |
| Sudan | 173 | 4 |
| Südsudan | k.a. | 12 |

Der **Corruption Perception Index (CPI)** von Transparency International beziffert, als wie korrupt ein Land wahrgenommen wird und beruht auf Umfragen bei Länderanalysten und Geschäftsleuten. (1 = wenig korrupt, 174 = sehr korrupt)
 Der **Weltbank-Governance-Indikator** „Voice / Accountability“ drückt die Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit sowie den Grad der Partizipation der Bevölkerung an der Wahl ihrer Regierung anhand von zahlreichen Indikatoren und Umfragen aus. (0=keine Teilhabe, 100 = bestmögliche Teilhabe)

Auch haben diese Hauptzielländer mit wenigen Ausnahmen einen hohen Anteil an Bevölkerungsgruppen, die unter Mangelernährung leiden. Zwei Drittel von ihnen

sind abhängig von Nahrungsmittelimporten (Fritz 2010: 5). Im Großteil dieser Länder finden sich die meisten Arbeitsplätze im Agrarsektor (Anseeuw et al. 2012a: 10).

► 3.4 Landgrabbing und soziale Probleme

Die Kombination von schlechter Regierungsführung und einer nicht industriell entwickelten Landwirtschaft auf der einen Seite und starker Nachfrage nach Land durch Investoren, die Agrargüter für den Export anbauen wollen, auf der anderen Seite, führt vor Ort zu großen Problemen. Eines davon entspringt den unklaren Landnutzungs- und Besitzrechten in vielen, insbesondere afrikanischen Ländern. Formal hat der Staat häufig die Rechte am Land, faktisch wird das Land jedoch ohne weitere Verträge oder Verpflichtungen von KleinbäuerInnen bewirtschaftet und bewohnt. Verkauft oder verpachtet der Staat dieses Land, so kommt es oft zu menschenrechtswidrigen Vertreibungen. Die landlos gewordenen KleinbäuerInnen sind damit ihrer Existenzgrundlage beraubt und aus ihrem sozialen Zusammenhang gerissen. Für die meisten gibt es keine alternative Einkommensgrundlage.

Durch die intensivere und teils industriellere Bewirtschaftung der neuen Plantagen reichen die wenigen, schlecht bezahlten und oft nur saisonalen Arbeitsplätze in den neu entstehenden Betrieben für die landlos gewordenen BäuerInnen nicht aus. Die Weltbank geht von geringen Beschäftigungseffekten durch diese Plantagenbewirtschaftung aus: Für Maisplantagen mit einer Größe von 10.000 Hektar werden z.B. 0,01 Arbeitsplätze pro Hektar errechnet, der Vertragsanbau (zum Beispiel für den Zuckerrohr) wird in dieser Hinsicht mit immerhin 0,35 Beschäftigten pro Hektar taxiert (Weltbank 2010 zit. nach Fritz 2010: 17). Häufig gibt es auch negative Auswirkungen auf die Beschäftigung von Frauen, da in den neu entstehenden industriellen Farmen eher Männer als Frauen beschäftigt werden. Dies ist besonders problematisch in Regionen, wo Frauen aufgrund ihrer Arbeit auf dem Feld oder in der Verarbeitung der Ernte die zentrale Rolle für die Ernährungssi-

cherung einnehmen (Vgl. HLPE 2011: 35). In diesem Fall sind die Rechte und die sozioökonomische Position der Frauen besonders gefährdet, auch wenn die Praxis der kleinbäuerlichen Landwirtschaft keinerlei Garantie für eine weniger verwundbare Position der Frau ist (Vgl. HLPE 2011: 35). Die Möglichkeit einer neuen würdigen Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft besteht meist nicht. Die BäuerInnen werden in die extreme Armut abgedrängt. Wenn ausschließlich für den Export produziert wird, ist die lokale, regionale oder nationale Ernährungssicherung gefährdet.

Zudem können durch Landkäufe historische Landkonflikte zwischen Hirten und AckerbäuerInnen, die häufig in Entwicklungsländern vorkommen, wieder aufbrechen. Dies könnte z.B. in einer Region in Mali geschehen, wo Libyen Reis für den Eigenbedarf anbauen möchte. Hier werden Weiderouten von Viehhirten, deren Verlauf einen Kompromiss mit denen das Land ebenfalls nutzenden AckerbäuerInnen darstellen, durch einen neuen Bewässerungskanal der Liby-



Kleinbäuerinnen in Kenia, Foto: CAFOD Photo Library/Flickr.com

er gestört (Fritz 2010: 8). In einem anderen Projekt in Äthiopien wurden wiederum Routen von Viehhütern abgeschnitten, wodurch wichtige Weideflächen und Wasserstellen nicht mehr für die Viehhirten erreichbar waren und diese zum Verkauf von Vieh zwang (Fisseha 2011 zit.n. Anseeuw et al. 2012b:36).

Probleme dieser Art könnten vermieden werden, wenn vor dem Vertragsabschluss eine Konsultation der ansässigen Bevölkerung durchgeführt würde, in der ihre Ansichten zu und Erwartungen an das kommende Projekt gehört und bei dessen Umsetzung berücksichtigt werden.

► 3.5 Landgrabbing und Umwelt

Mit der Landnahme gehen oft weitreichende ökologische Probleme einher. Dies beginnt damit, dass nicht bebautes oder extensiv bewirtschaftetes Land nach einer Landübernahme intensiv genutzt wird. Dies bedeutet zumeist, dass wesentlich mehr Wasser verbraucht wird und die Böden durch intensiven Einsatz von Dünger und Pestiziden ausgelaugt und verseucht werden. Diese Auswirkungen, die auf lange Sicht die Fruchtbarkeit des Landes gefährden, reichen oft über das eigentlich betroffene Gebiet hinaus.

So kann die Entnahme von Wasser aus einem Fluss für die Bewässerung der intensiv genutzten Felder die Gemeinden flussabwärts empfindlich treffen. Das von ihnen benötigte Wasser ist mit der Entnahme knapper geworden und mit Agrochemikalien verseucht. Für familiäre Betriebe bedeutet dies eine existenti-

elle Bedrohung, da damit die einzige Wasserquelle für Mensch und Tier ungenießbar wird. In Nepal ist beispielsweise ein Fall bekannt geworden, in dem ein industrielles Farmprojekt die Wasserversorgung für andere Betriebe so schwierig gemacht hat, dass BäuerInnen ihr Land verkaufen mussten (Vgl. Anseeuw et al. 2012a: 32).

Grundsätzlich können bei einer Änderung der Landnutzung die Konsequenzen für die Umwelt und mögliche Klimaauswirkungen gravierend sein. Das gilt speziell in sensiblen Gebieten, z.B. in Mooren oder tropischen Regenwäldern, bei deren Umnutzung große Mengen an Treibhausgasen entweichen, die zuvor im Boden gespeichert waren. Die Biodiversität ist in diesen Regionen durch die landwirtschaftliche Nutzung zudem stark gefährdet.

Landgrabbing weltweit und die Reaktionen der Bevölkerung

Der südkoreanische Konzern Daewoo schloss mit der madagassischen Regierung im Jahr 2008 einen Vertrag, der den Koreanern die Nutzung der Hälfte des Agrarlandes der Insel für 99 Jahre zusprach. Nach Bekanntwerden dieser Vereinbarung gab es heftige Proteste der Bevölkerung, die zum Sturz der madagassischen Regierung führten.

Doch auch in anderen Fällen kam es zu Konflikten zwischen der ansässigen Bevölkerung und Investoren. In Kambodscha wurden nach Angaben von lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen über ein Fünftel des überhaupt landwirtschaftlich nutzbaren Landes an ausländische Investoren verkauft oder verpachtet, im Zuge dessen sind Hunderttausende Menschen vertrieben worden und es kam zu gewalttätigen Konflikten (Vgl. Geary 2012: 17). Auf Papua-Neuguinea gab es eine Untersuchung zu mehreren 99 Jahre lang lau-

fenden Pachtverträgen zwischen der Regierung und Privatunternehmen. Die Untersuchung ergab, dass 38 der 42 Projekte dem Gesetz nach nicht hätten durchgeführt werden dürfen (Act Now! 2013: o. p.). Auf den ehemals lokal benutzten Flächen wurden inzwischen Wälder gerodet, das Holz exportiert und in einigen Gebieten Palmölplantagen gepflanzt.

Auf den Philippinen wird ebenfalls ein bedeutender Teil der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche – immerhin fast ein Viertel der Gesamtfläche – ausländischen Investoren angeboten. Die Philippinen sind zudem der größte Reisimporteure der Welt (Kruchem 2012: 117). Großflächig soll nun Zuckerrohr für Biosprit angebaut werden. Es ist damit zu rechnen, dass dies zur Vertreibung der Landbevölkerung und zur Zerstörung natürlicher Ressourcen des Landes führen wird.

4. Deutsche SparerInnen und Landraub

► 4.1 Indirekte Investitionen in Agrarland

Angesichts der erschreckenden Meldungen über Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen in Folge von Investitionen in Ackerland fragen sich viele SparerInnen hierzulande, ob ihre Ersparnisse direkt oder indirekt für derartige Geschäfte verwendet werden. Prinzipiell gibt es zwei Möglichkeiten, wie das Geld deutscher SparerInnen in den Aufkauf oder die langfristige Pacht von Agrarland in Entwicklungsländern fließen kann.

Zum Einen kann das Geld direkt zum Landerwerb oder zu dessen Bewirtschaftung verwendet werden, zum Zweiten können die Ersparnisse in Wertpapiere von Unternehmen investiert werden, die Ländereien in den Ländern des Südens kaufen oder nutzen. Dazu gehören oft Unternehmen, die Palmöl oder Agrartreibstoffe produzieren.

Leider sind die Möglichkeiten, herauszufinden, ob die eigene Bank sich auf einer der beiden Weisen am Landraub beteiligt, gering. Nur wenige Alternativbanken geben Auskunft über ihre Kreditkunden und die Liste von Wertpapieren, in die investiert wird. Damit ist es prinzipiell möglich, dass Gelder von Sparguthaben, Sparbriefen und Tagesgeldkonten in derartigen Geschäften eingesetzt werden.

Einige Banken in Deutschland haben allerdings zum Teil Richtlinien aufgestellt, die definieren, unter welchen Umständen ein Kredit vergeben wird und welche Wertpapiere prinzipiell nicht ins Portfolio genommen werden. Dies ist prinzipiell zu begrüßen und führt, wenn es gewissenhaft umgesetzt wird, auch dazu, dass mancher Kredit nicht vergeben wird und einige Wertpapiere aus Gründen der Nachhaltigkeit nicht mehr gekauft werden. So schloss beispielsweise die Deutsche Bank nach Protesten von Nichtregierungsorganisationen den Palmölkonzern Wilmar von weiteren Investitionen aus. Welche Richtlinien zu diesem Ausschluss führten und ob er auch auf andere Unternehmen angewendet wird, ist jedoch nicht bekannt.

Die Commerzbank hat ihre Richtlinien für die Vergabe von Krediten in der Land- und Forstwirtschaft veröffentlicht. Die Einhaltung der Menschenrechte besonders auch der Rechte der indigenen Völker sowie der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wird vor einer Kreditvergabe dieser Bank untersucht.

Es ist zu wünschen, dass dieser Prozess weiter voranschreitet. Bisher weiß der Kunde noch zu wenig darüber, welche Unternehmen über derartige Richtlinien von einer Kreditvergabe ausgeschlossen sind und wo Kompromisse gemacht werden. Nimmt man die Inventarlisten der Investmentfonds, die von Banken mit Mindestkriterien vertrieben werden als Anhaltspunkt, so zeigt sich, dass die Ausschlüsse auf wenige extreme Beispiele wie Wilmar beschränkt bleiben.

4.1.1 Investitionen in Wertpapierfonds

Bei Investitionen in Wertpapierfonds gibt es deutlich mehr Transparenz als bei Krediten. Die Investmentgesellschaft veröffentlicht halbjährlich einen umfassenden Bericht über die im Fonds enthaltenden Wertpapiere. Diesen Listen kann man entnehmen, ob der Fonds in Unternehmen investiert, die direkt oder indirekt mit Landraub in Verbindung stehen, wie das bereits erwähnte Unternehmen Wilmar, das in großem Stil Palmöl in Indonesien anbaut oder Bunge, das Agrotreibstoff in Südamerika produzieren lässt.

Besonders häufig findet man Aktien mit einem Bezug zu Landnahmen in sogenannten Agrarfonds, die angesichts der steigenden Preise für landwirtschaftliche Güter aufgelegt wurden, um gezielt in Unternehmen zu investieren, die auf diesem finanziell aussichtsreichen Gebiet tätig sind. Dazu zählen neben Produzenten von Agrargütern auch Landmaschinen-Hersteller wie John Deere und Düngemittelproduzenten wie K&S. Diese Fonds sind also keine eigentlichen Kapitalsammelstellen für Landraub. Unternehmen, die direkt Land kaufen oder leasen stellen sogar die Minderheit unter den Aktienpositionen dieser Fonds dar. Allerdings finden sich eine Reihe von fragwürdigen Titeln in fast jedem dieser Fonds wieder und zugleich sind es nicht nur die Agrarfonds der Investmentgesellschaften, die in diese kritischen Unternehmen investieren. Für Fondsmanager internationaler Aktienfonds oder Fonds, die sich auf Aktiengesellschaften in Asien spezialisieren sind diese stark wachsenden und oft hochprofitablen Unternehmen auch attraktiv. In der Summe können die Fondsgesellschaften wie die DWS oder BlackRock oft einen einstelligen Prozentsatz des Kapitals an ihnen halten. Somit hält z.B. die Fondsgesellschaft BlackRock Advisors LLC 2,94% am brasilianischen Unternehmen Cosan Ltd. Will man vermeiden, am Landraub zu verdienen, sollte man Agraraktienfonds unbedingt mei-

| Agrar Aktienfonds auf dem deutschen Markt – eine Auswahl | | | | | |
|--|---|-------------------------------|--|--|---|
| Name | Vertrieb über | Volumen Anfang/ Mitte 2013 | Anlageregionen | kritische Titel | % kritische Titel am Gesamtvolum |
| Allianz RCM Global Agricultural Trends | Allianz | 273 Mio US-Dollar | USA, Singapur, Kanada, Malaysia, Niederlande, Brasilien | Bunge, Cosan | Bunge: 4,83 %, Cosan: 1,06 % |
| BGF World Agricultural Fund | Deka Investment/ Sparkassen vewal- tet von Black Rock | 319 Mio US-Dollar | Nordamerika, Asien ,Europa, Lateinamerika | Bunge, Olam, Wilmar, Golden Agri Resources | Bunge: 6,01 %, Wilmar: 2,51 %,Olam: 0,34 %, Golden Agri: 0,66 % |
| DWS Invest Global Agribusiness | Deutsche Bank | 2.255 Mio US-Dollar | USA, Schweiz, Kanada, Brasilien | Bunge, Olam, | Bunge: 8,82 %, Olam: 1,07 %, |
| RobecoSAM Sustainable Agribusiness | Rabobank | 107 Mio Euro | Nordamerika, Asien, Europa, Lateinamerika | Olam, Wilmar, Bunge, Cosan | Bunge: 3,04 %, Wilmar: 2,66 %, Olam: 1,38 %, Cosan: 1,15 % |
| Agriculture Fund | Pictet | 170 Mio Euro | Nordamerika, Asien, Europa, Lateinamerika | Bunge, Sime Darby, Wilmar | Bunge: 4,26 % Sime Darby: 2,08 %, Wilmar: 1,72 % |
| DJE Agrar & Ernährung | DJE Investment S.A., Dr. Jens Ehrhardt Gruppe | 93 Mio Euro | Nordamerika, Asien, Europa, Lateinamerika | Bunge | Bunge: 2.86 % |

Quelle: Eigene Darstellung nach Unternehmensangaben

den, selbst wenn die Bank erklärt, nicht mehr in einige bestimmte Unternehmen, die mit Landraub in Verbindung gebracht werden zu investieren. Die folgenden Beispiele zeigen, dass auch solche Fonds weiter in Unternehmen investieren, die in enger Verbindung mit Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung stehen.

Golden Agri

Im Jahr 2009 entschlossen sich die Lebensmittelkonzerne Unilever, Nestlé und Kraft Foods keine Produkte des Unternehmens mehr einzukaufen, nachdem Greenpeace Golden Agri vorwarf, an der Zerstörung von Primärwäldern in Indonesien beteiligt zu sein. Im Jahr 2012 trennte sich der norwegische Pensionsfonds unter anderem aufgrund der Zerstörung von tropischen Regenwäldern von den Aktien des Unternehmens.

Cosan

Cosan Limited CZZ ist ein brasilianisches Agrarunternehmen, das vor allem Zucker in Südamerika anbaut. In Brasilien wächst Zucker für Cosan auf 600.000 Hektar Land, unter anderem, um Ethanol herzustellen. Eine Tochterfirma - Radar Propiedades Agrícola – ist gegründet worden, um gezielt vermeintlich unbenutztes Land aufzukaufen und nach einer Wertsteigerung gewinnbringend zu veräußern oder zu verpachten.

Mit einem Joint Venture-Projekt mit Shell, Raizen, baute Cosan, ähnlich wie Bunge, Zuckerrohr auf 4.000 Hektar des Gebietes der Guarani an, denen das Land eigentlich rechtlich zugesprochen wurde. Jedoch steckt die Durchsetzung noch durch Klagen der Unternehmen in Prozessen fest (Amnesty CH). Inzwischen hat Raizen unter großen Druck der Öf-

fentlichkeit und der Justiz zugesichert, keinen Zucker mehr auf Land der Indigenen anzubauen, jedoch expandiert Cosan weiterhin.



Industrielle Zuckerverarbeitung bei Raizen,
Foto: Shell/Flickr.com

Die Liste der Agrarfonds zeigt, dass mit der Deka Bank (Zentralinstitut der Sparkassen) und der DWS (Investmentgesellschaft der Deutschen Bank) zwei Banken mit großer Präsenz in Deutschland Fonds anbieten, die in Unternehmen investieren, die im Zusammenhang mit Landraub in Entwicklungsländern stehen. Hinzu kommt, dass mit der Allianz RCM Global Investors auch die Tochter einer deutsche Versicherung einen Agrobusiness Fonds anbietet.

Bunge Limited

Der vor fast zwei Jahrhunderten in den Niederlanden gegründete Agrarhändler Bunge hat seit 1999 seinen Hauptsitz in den USA. Getreide, Ölsaaten und Zucker sind die Hauptgeschäftsfelder des Konzerns, der im Jahr 2012 einen Umsatz von 60,9 Mrd. US-Dollar erzielte. Bunge ist zudem der wichtigste Exporteur von Soja aus Lateinamerika und bedeutender Biokraftstoffhersteller. Einer der wichtigsten Kunden ist Coca-Cola. Seit Neuestem handelt Bunge auch mit Palmöl und hält Anteile an einem Palmölproduzierenden Unternehmen, das in West-Kalimantan, auf dem indonesischen Teil der Insel Borneo tätig ist. Hier sind große Teile des Regenwaldes der Palmölproduktion zum Opfer gefallen.

Das Unternehmen ist eng verbunden mit dem großflächigen industriellen Anbau von Monokulturen mit all seinen ökologischen und sozialen Nachteilen. Ein Beispiel für die dabei auftretenden Probleme stammt aus der Zuckerproduktion in Brasilien.

Dort bezieht Bunge Zucker von Produzenten, die in Landraub involviert sind. Im Bundesstaat Mato Gros-

so do Sul wird auf dem Land der indigenen Gruppe der Guarani Zucker vor allem für die Zuckerethanolproduktion angebaut. Die Pestizide, die für den Anbau verwendet werden und von Flugzeugen abgesprüht werden, verunreinigen den Boden und vergiften teilweise direkt die Einwohner des Gebietes. Das Land und den Wald nutzen die Guarani auch für sakrale Zwecke. Das Land ist eigentlich durch ein brasilianisches Gesetz geschützt. Der seit drei Dekaden anhaltende Konflikt zwischen den Guarani an



Proteste von Guarani aus Mato Grosso do Sul,
Foto: percursodacultura/Flickr.com

der Grenze zu Paraguay und brasilianischen Behörden ist in den letzten Jahren jedoch weiter verstärkt worden. Den indigenen BewohnerInnen des Gebietes bleibt nur mehr die Möglichkeit unter schlechten Bedingungen auf den Zuckerrohrplantagen zu arbeiten oder stundenlang zu noch unberührten Waldgebieten zu wandern um zu jagen.

Aktien des Unternehmens sind in allen großen in Deutschland vertriebenen Agrarfonds enthalten.

Sime Darby

Sime Darby ist ein malaysisches Unternehmen mit verschiedenen Geschäftszweigen, welches im Agrarbereich vor allem in Südostasien Plantagen besitzt und dort unter anderem Palmöl anbaut. Aufgrund der steigenden Nachfrage und der großen Wachstumspotentiale ist das Unternehmen inzwischen auch nach Afrika expandiert. Insgesamt bepflanzt der Konzern 525.000 Hektar mit Ölpalmen.

Sime Darby bat im Jahr 2009 die liberianische Regierung darum, Land für den Anbau von Palmöl 63 Jahre lang zu pachten. Seit 2011 wachsen im Garwula District Palmölpflanzen und im Jahr 2013 versuchte das Unternehmen in benachbarte Regionen zu expandieren, stößt jedoch auf den Widerstand der Be-

völkerung, die in keiner Weise in die Planungsphase einbezogen wurden. Lokale zivilgesellschaftliche Organisationen berichten von fehlender Entschädigung für ansässige BäuerInnen, fehlenden Alternativen zur Beschaffung des Lebensunterhalts für diejenigen, die ihr Land verloren haben und nicht auf den Plantagen beschäftigt werden und der Zerstörung von kulturell bedeutenden Waldstücken. Eine britische Universitätsstudie zu sozialen und ökologischen Folgekosten kommt zu dem Schluss, dass die Biodiversität gefährdet ist, CO₂-Senken, darunter auch Primärwälder zerstört werden, die Nahrungsunsicherheit steigt, die Geschlechterungleichheit zunehmen und die Gefahr für Konflikte durch Binnenmigration steigen könnte. Auch einige liberianische Gesetze und Menschenrechtsabkommen, welche Liberia unterzeichnet hat, wurden und werden durch die Aktivitäten des Konzerns verletzt (Vgl. Friends of the Earth International 2013a).

Das Unternehmen ist im „Agriculture Fund“ der schweizerischen Bank Pictet enthalten.

4.1.2 Nachhaltiger Agrarfonds?

In Deutschland werden über 300 Fonds angeboten, die bei der Auswahl der Titel auch Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen. Neben zahlreichen internationalen Aktienfonds spezialisieren sich einige dieser Fonds auf Themen wie Wasser oder Energiegewinnung. Mit dem Robecco SAM Sustainable Agribusiness Equities gibt es inzwischen auch einen nachhaltigen Agrar-Aktienfonds. Die Titel für diesen Fonds werden von dem Schweizer Indexanbieter Sustainable Asset Management SAM in Zürich nach Nachhaltigkeitskriterien untersucht. Die Grundlage für die Bewertung ist eine umfassende Analyse zu einer Vielzahl ökologischer, sozialer und ökonomischer Aspekte sowie zur Unternehmensführung. In die von SAM zusammengestellten Indices gelangen nur jene Unternehmen, die bei dieser Untersuchung am besten abschneiden. Dieses Verfahren ergab für die Agrarunternehmen, dass die Firmen Wilmar und Olam, denen beiden schwere Umweltzerstörungen und Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden, zu den nachhaltigsten der Branche gehören.

Eine solche Bewertung ist schwer nachzuvollziehen angesichts der Tatsache, dass der Palmölproduzent Wilmar im Jahr 2011 aufgrund der anhaltenden Kontroversen aus sämtlichen Fonds der Deutschen Bank ausgeschlossen wurde und auch der norwegische Pensionsfonds sich von dem Unternehmen trennte.

Berichte von vor Ort zeigen deutlich, dass trotz inzwischen installiertem „Nachhaltigkeitsmanagement“ bei Wilmar die schweren Menschenrechtsverletzungen des Unternehmens nicht beendet wurden.

Im Jahr 2012 begann das Unternehmen z.B. Arbeiten an einer neuen Palmölplantage in Nigeria, ohne die gesetzlichen Anforderungen bezüglich der Anhörung von Betroffenen zu erfüllen. Ansässige KleinbäuerInnen, die im Jahr 2009 im Rahmen eines Regierungsprogramms zur Armutsreduzierung angesiedelt wurden, mussten ohne Entschädigung weichen. Rund 4.000 weitere BewohnerInnen des Landes, die in den 1960er Jahren dort hinzogen, wurden nicht befragt und erhielten bisher keine Entschädigung. Diese AnwohnerInnen wurden in dem vom Wilmar in Auftrag gegebenen Sozial-Gutachten nicht einmal erwähnt. (Friends of the Earth 2013b: 5)

Wilmar International Ltd

Der 1991 gegründete und in Singapur an der Börse notierte Konzern Wilmar ist mit seinen 92.000 MitarbeiterInnen und einem Umsatz von rund 45 Mrd. US-Dollar der weltweit größte Palmöhländler. Das Unternehmen organisiert den Anbau von Palmöl über Vertragsunternehmen, handelt mit Palmölprodukten und verarbeitet diese weiter. Neben Palmöl ist Wilmar auch in der Produktion und dem Handel von Erdnüssen, Weizen, Zucker, Raps und Soja tätig.

Der überwiegende Anteil des Palmölanbaus des Unternehmens findet auf über 255.000 Hektar in Indonesien (73%) und Malaysia (23%) statt. Zu einem Anteil von 4% ist Wilmar auch in Afrika, z.B. in Uganda, Nigeria und Sierra Leone tätig.



Für den Bau von Palmölplantagen gerodeter Regenwald auf Borneo, Foto: Rainforest Action Network/Flickr.com

Auf dem indonesischen Teil der Insel Borneo gab es in den letzten sieben Jahren immer wieder gewalttätige Konflikte zwischen Wilmar und ansässigen KleinbäuerInnen, die ihr Land und ihre Lebensgrundlage verloren haben. Wilmar werden illegale Rodungen und Abholzungen, Nichtbeachtung von Landrechten, direkte Gewalt gegenüber BewohnerInnen und weitere Menschenrechtsverletzung und ökologische Zerstörungen vorgeworfen. Immer wieder waren indigene Gruppen von diesen Problemen betroffen, z.B. die Minangkabau in West-Sumatra. Die Dayak auf Borneo fürchten sogar um das Überleben ihrer Kultur.

Inzwischen bekennt sich das Unternehmen auf seiner Website zum Thema Nachhaltigkeit und ist Mitglied des Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO), welcher für umweltverträgliche Produktion und Einhaltung der Menschenrechte beim Anbau von Palmölpflanzen sorgen soll.

Allerdings beschreiben aktuelle Berichte nach wie vor eklatante Umweltzerstörungen und Menschenrechtsverletzungen von Unternehmen, darunter auch von Wilmar, die dem RSPO angehören, ohne dass dies Konsequenzen hat (Greenpeace International 2013).

Im Jahr 2013 entschloss sich Wilmar zum Verkauf seiner Tochterfirma PT Asiatic Persada, die auf Sumatra auf einem Gebiet Palmöl anbaut, von dem die indigenen Suku Anak Dalam im Zeitraum der Aktivität durch Wilmar vertrieben wurden. Außerdem hat Wilmar eine frühere Vereinbarung mit den indigenen BewohnerInnen über deren zugesicherte Nutzung von Land nicht eingehalten. Wilmar muss jedoch aufgrund des IFC-Kredites der Weltbank-Tochter und als Mitglied im RSPO bestimmte soziale und ökologische Vorgaben einhalten, die durch das Engagement in PT Asiatic Persada eindeutig verletzt wurden. Das Unternehmen wurde von der Weltbank aufgefordert, den Konflikt zu lösen. Jedoch sah sich Wilmar offensichtlich dazu nicht in der Lage und entzog sich einem Mediationsverfahren durch den Verkauf. Lokale und internationale Nichtregierungsorganisationen befürchten nun, dass ein Nachfolger noch weniger an einer Konfliktlösung interessiert ist als Wilmar. Sie monieren außerdem, dass solch ein Zurückziehen ebenfalls gegen RSPO und IFC-Kriterien verstoßen würde (Parker 2013: o.p.).

Mehrere Investoren haben auf die öffentliche Kritik reagiert und sind aus einer Beteiligung an Wilmar

ausgestiegen, wie etwa der norwegische Pensionsfonds und die Deutsche Bank-Tochter DWS. Andere wie der von der Investmentgesellschaft Black Rock verwaltete und von den Sparkassen vertriebene „World Agriculture Fund“ und sogar der „nachhaltige“ Agrarfonds „RobeccoSAM Sustainable Agribusiness Equities“ sind weiter in dem Unternehmen investiert.

Olam International

Das in Singapur ansässige Unternehmen wurde 1989 in London gegründet und begann als Exporteur von Cashew-Nüssen aus Nigeria. Heute sind 17.000 MitarbeiterInnen weltweit mit der Produktion und dem Handel einer Vielzahl von Produkten und Dienstleistungen befasst, darunter neben Cashew-Nüssen auch Baumwolle, Kaffee, Pflanzenöl, Reis und Holz.

In Laos hat ein Tochter-Unternehmen von Olam angefangen, Kaffee-Plantagen aufzubauen. In dem Gebiet waren zuvor indigene KaffeebäuerInnen ansässig, die den Plantagen von Olam weichen mussten. Dies geschah, obwohl die Landrechte in Laos als vorbildlich gelten. Es wird vermutet, dass diese Missachtung der Landrechte auf die hohe Korruption in dem Land zurückzuführen ist. Laos ist einer der Staaten mit der höchsten wahrgenommenen Korruption (TI-Index: Rang 153).

In einer Gemeinde haben beispielsweise 52 Familien ihr Land und somit ihre Einkommensgrundlage verloren, einige Familien müssen in Folge der Landnahme hungern. Lokale Nichtregierungsorganisationen berichten von Waldrodungen und Trockenlegungen von Feuchtgebieten sowie der Zerstörung von Gemeinde-eigenen Kaffeepflanzen. Der in diesem Gebiet angebaute Kaffee wird teuer als Bio-Qualitäts-Kaffee verkauft.

Die Aktie des Unternehmens ist in folgenden Fonds enthalten: BGF World Agricultural Fund von Black Rock, Vertrieb über Deka, dem DWS Invest Global Agribusiness und in dem nachhaltigen RobecoSAM Sustainable Agribusiness.

► 4.2 Direkte Investitionen in die Landwirtschaft der Entwicklungsländer

4.2.1 Alterssicherung durch Investitionen in Land

Investitionen in Land und in Agrarbetriebe sind nach wie vor ein Modethema, das von Bankhäusern an institutionelle Kunden herangetragen wird. Dementsprechend fließen Summen in unbekannter Höhe in die industrialisierte Landwirtschaft in aller Welt. Dieses Kapital und die mit ihm verbundenen Renditeerwartungen verstärken den Trend zum großflächigen Anbau von Monokulturen unter massivem Einsatz von Agrochemikalien. In den meisten Fällen beziehen sich die Angebote jedoch nicht auf den Kauf von Land oder Farmen in Afrika. Es geht eher um Ländereien in Australien, Osteuropa und Lateinamerika. Da die Investitionen von Lebensversicherungen und Pensionskassen nicht veröffentlicht werden, wissen die Versicherten nicht, ob ihre Ersparnisse in derartige Deals fließen. In Deutschland ist lediglich ein Fall publik geworden: Die Ärzteversorgung Westfalen-Lippe, eine Einrichtung der Ärztekammer Westfalen-Lippe schloss sich der US-amerikanischen TIAA-CREF, einer Pensionskasse für Lehrer und Hochschullehrer an und investierte in Agrarbetriebe u.a. in Lateinamerika. Alle an diesem Deal beteiligten Kassen müssen bei ihren Investitionen u.a. auf die Einhaltung von Menschenrechten und ILO Kernarbeitsnormen achten. Genaue Informationen über die Situation vor Ort liegen nicht vor (Vgl. Minaya 2012).

Neben der indirekten und oft im Hinblick auf das insgesamt investierte Kapital marginale aber sicherlich nicht harmlosen Verbindung von Publikumsfonds mit Landraub in Entwicklungsländern gibt es hierzulande einige Angebote, die darauf abzielen, dass Gelder direkt in den Aufkauf von Land und landwirtschaftlichen Betrieben in Entwicklungsländern investiert wird. Dieses kann entweder in Form eines Fonds geschehen, in dem Kapital gesammelt wird, das dann auf verschiedene Landprojekte und Agrarunternehmen verteilt wird (Private Equity Fonds) wird. Es ist von vornherein geplant, die Anteile an einem Betrieb nach Ablauf eines bestimmten Zeitraums wenn möglich gewinnbringend zu veräußern. Der Investor hat also ein Interesse daran, dass das Unternehmen in dieser Zeit wirtschaftlich erfolgreich arbeitet, um die Anteile mit einem Mehrwert verkaufen zu können. Die zweite Möglichkeit einer direkten Investition in Land besteht darin, Anteile an einer Gesellschaft zu erwerben, mit dem Ziel, Investi-

tionen in Agrarbetriebe zu tätigen und diese auch zu bewirtschaften.

Acazis AG – deutsche AnlegerInnen kaufen Agrarland in Äthiopien

Den direkten Landkauf in Entwicklungsländern und deren Bewirtschaftung betreibt die Acazis AG (ehemals Flora Ecopower) aus München, die im Jahr 2007 Land in Äthiopien gekauft hat. Es bestehen sehr unterschiedliche Angaben bezüglich des Ausmaßes dieser Landkäufe. Aktuell sollen 3.600 Hektar erworben sein. Die Fläche soll aber auf 56.000 Hektar erweitert werden können. Die Acazis AG hatte zum Ziel, Ölsaaten wie Rizinus und Erdnüsse von VertragsbäuerInnen anbauen zu lassen, die in einer eigenen Ölmühle zu Agrotreibstoff verarbeitet werden. Dieser Plan wurde zunächst zugunsten der Herstellung von Speiseöl aufgegeben. Nach großen und bis heute nicht völlig überwundenen Schwierigkeiten mit dem Betrieb der Ölmühle, die unter der Vorgängergesellschaft Flora Ecopower zu hohen Verlusten für die Investoren führten und dazu, dass den MitarbeiterInnen 14 Monate lang kein Lohn gezahlt wurde, werden nun laut Angaben des letzten Berichts von Mitte 2013 auf lediglich 1.400 Hektar Rizinus und Erdnüsse angebaut und daraus 18.000 Liter Speiseöl produziert. (<http://www.acazis.com:0.p.>) Umweltschützer kritisierten das Unternehmen in der Vergangenheit, weil die Gefahr bestand, dass die Bewirtschaftung der Felder von Acazis Wanderbewegungen von Elefanten in Äthiopien stört.

Das Unternehmen ist in Deutschland mit zwei Anlagemöglichkeiten präsent. Zum einen können Aktien des Unternehmens erworben werden. Zum zweiten legte Acazis Ende 2012 eine Anleihe mit einem Volumen von 5 Mio. Euro und einem Zinssatz von 7 % auf. Für keines der Angebote gibt es derzeit einen Handel an der Börse. Die Nachfrage ist gering, die Anlage höchst risikoreich.

4.2.2 Private Equity – nachhaltige Investitionen in Großfarmen?

Investitionen in landwirtschaftliche Betriebe über Private Equity Fonds werden in Deutschland durchaus

vertrieben. Derartige Fonds werden besonders institutionellen Anlegern, wie Pensionsfonds und Stiftungen, regelmäßig angeboten. Viele dieser Investitionsmöglichkeiten gelten ausschließlich für diese Kundengruppe und nicht für PrivatanlegerInnen, was oft schon daran zu erkennen ist, dass Einlagen nur ab 100.000 Euro aufwärts möglich sind. Sie investieren in Schäfereien in Australien, den Soja-Anbau in Südamerika oder in industriell geführte Landwirtschaftsbetriebe in Osteuropa.

Eine Ausnahme stellt der Fonds „Agricultural Land and Opportunities (GALOF), der über die Tochtergesellschaft der Deutschen Bank: DWS angeboten wird. Dieser Fonds ist in hohem Maße in Entwicklungsländern in Asien, Afrika und Lateinamerika tätig.

DWS GALOF in Sambia

Der Global Agriculture Land and Opportunities Fund (GALOF) wurde im Jahr 2007 aufgelegt und ist in dem Offshore-Zentrum Kaiman Islands registriert. Er wird von dem singapurischen Fondsmanager Duxton Asset Management verwaltet. Es handelt sich um einen geschlossenen Fonds mit einem Fondsvermögen von 110 Mio. US-Dollar. Mit einer Mindestanlagesumme von 100.000 US-Dollar ist der Fonds für vermögende PrivatanlegerInnen und institutionelle Investoren geeignet (Bloomberg 2013: o.p.).

Der Vermögensverwalter Duxton hat sich auf Investitionen im Agrarbereich spezialisiert. Das Unternehmen hat in 115.000 Hektar Land auf vier Kontinenten investiert, das von 70 Agraringenieuren bewirtschaftet wird. Damit nimmt das Unternehmen eine Scharnierfunktion ein, die direkte Investitionen in Agrarbetriebe erst ermöglichen. Denn nur mit diesem in vielen Banken nicht vorhandenen Wissen über den Anbau und die Vermarktung von landwirtschaftlichen Gütern ist es möglich, aussichtsreiche Anlage auf diesem Gebiet zu tätigen.

Duxton erwähnt auf seiner Website, dass sie für die DWS den Global Agricultural Land and Opportunities Fund (GALOF) verwalten. Dies geschehe, so die Website, auch unter Anwendung von sozialen und ökologischen Standards, die unter den Stichworten Menschenrechte, Arbeitsrechte, Umwelt und Korruption/Transparenz zusammengefasst werden. Eine externe Überprüfung oder Zertifizierung der

eher vagen Aussagen zu diesen Themen fehlt. Aussagen der Gesellschaft legen zudem nahe, dass sie Befürworter des Anbaus von gentechnisch modifizierten Pflanzen sind.

Über Duxton investiert der GALOF Fonds in über 100.000 Hektar in der Demokratischen Republik Kongo, in Argentinien, Australien, Sambia und Tansania. Hauptsächlich investiert der Fonds in bereits bestehende Agrarunternehmen, die einzelnen Projekte haben eine Größe zwischen 5.000 Hektar und 27.000 Hektar und bauen hauptsächlich Getreide an (Chu 2012: 4).

Bericht aus Sambia

Zu einem dieser Agrarbetriebe legte Caritas Sambia eine detaillierte Studie zu vor. In Sambia investiert der Fonds im Distrikt Choma in das Unternehmen African Crops Limited (ACL). Der Fonds plant, das Investment im Jahr 2016 zu veräußern. ACL bewirtschaftet in Sambia mehrere Höfe, die früher von verschiedenen Besitzern verwaltet wurden.

Für den Bericht wurden Unterlagen eingesehen und Interviews mit dem Management der Farmen, mit ArbeiterInnen und mit AnwohnerInnen durchgeführt. Aus diesem ergibt sich, dass die Bewirtschaftung der Farmen durch den neuen Besitzer Vor- und Nachteile mit sich bringt. So berichten die Betroffenen vor Ort, dass mit den neuen Investitionen Arbeitsplätze geschaffen wurden und damit die Anzahl von Diebstählen abgenommen hat. Durch die neu gebauten Dämme steht mehr Wasser zur Verfügung, das auch von den lokalen Viehhirten genutzt werden kann. Diese heute für die AnwohnerInnen spürbaren Vorteile gehen mit einer Reihe von Befürchtungen für die Zukunft einher.

So wurde für den Bau der Dämme keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt, und es fehlen Untersuchungen zu den langfristigen Folgen der Intensivierung der Landwirtschaft auf den Höfen, also zum gestiegenen Einsatz von Maschinen, Dünger und anderen Agrochemikalien (Chu 2012: 12) auf die Fruchtbarkeit der Böden.

Der Bericht stellt die Frage, ob es realistisch ist, angesichts der möglichen Degenerierung der Böden in 2016 einen neuen Investor zu finden, der die Betriebe zu einem Preis über dem ursprünglichen Kaufpreis erwirbt.



Marktstand in Choma, Sambia, Foto: Jen M./Flickr.com

Sollte sich kein neuer Investor finden, so besteht für die Region die konkrete Gefahr, einen wichtigen Arbeitgeber zu verlieren. Diese große Abhängigkeit von

einem einzelnen Investor könnte auch bei den lokalen Behörden zu Zugeständnissen im Hinblick auf den Umweltschutz und die Konsultation der Bevölkerung führen. Aktuell ist jedoch nur zu beobachten, dass es bei allen positiven Berichten über die neu geschaffenen Arbeitsplätze regelmäßig zu Auseinandersetzungen über die Höhe der Entlohnung kommt und deutlich mehr Frauen als Männer in prekären, meist saisonalen Beschäftigungsverhältnissen gefunden wurden. Insgesamt wären im Hinblick auf das Bildungsniveau der Kinder und die Reinvestition von Erträgen zur Nahrungsmittelsicherheit zu wünschen, dass mehr Frauen eine feste Stelle auf den Farmen innehätten.

Das Fazit der Studie lautet, dass es aktuell positive Auswirkungen der Investition gibt, die aber durch mögliche negative Entwicklungen in der Zukunft mehr als aufgehoben werden können.

► 4.3 Landraub – welche Rolle spielen Investoren aus dem Norden?

Für den deutschen Markt zeigt sich, dass es bisher relativ wenige Angebote gibt, die mit direkten Investitionen in Agrarland in Ländern einhergehen, in denen systematische Menschenrechtsverletzungen im Zuge von Landkäufen vorkommen. Hierzulande sind SparerInnen an diesen extremen Formen des Landraubs am ehesten über Investitionen in Aktienfonds beteiligt, die in eines oder mehrere der oben beschriebenen Unternehmen investieren.

Angebote zu direkten Investitionen in Land beziehen sich zumeist auf Länder mit relativ guten Rechtssystemen wie Australien, Neuseeland, Osteuropa und Lateinamerika. Am problematischsten sind hier die Investments in Lateinamerika, denn dort bestehen Konflikte zwischen Indigenen und Konzerne.

Dies beruhigt jedoch nur zum Teil. Denn auch in diesen Ländern trägt der Zustrom von Kapital dazu bei, dass die großflächige, industrialisierte Landwirtschaft gestärkt wird, obwohl diese mit einer Gefährdung der Biodiversität, einer Auslaugung und Versalzung der Böden und einer Gefahr für den Zugang zu sauberem Trinkwasser einhergeht.

Eine landwirtschaftliche Wende hin zu langfristig tragfähigen Strukturen der Lebensmittelproduktion wird durch diese Investitionen generell erschwert, denn mit ihnen geht die Erwartung einher, mittelfristig aus dem Land überdurchschnittliche Gewinne zu erzielen, eine Absicht, die einer ökologisch und soziale angemessenen Bewirtschaftung in den meisten Fällen entgegensteht.

Investoren, die ihr Kapital breiter streuen möchten und dabei Agrarinvestitionen mit berücksichtigen wollen, sollten sich deshalb nach Angeboten umsehen, in denen die langfristigen Folgen für Mensch und Umwelt sorgsam bedacht und berücksichtigt wurden.

Die Beispiele im folgenden Kapitel zeigen, dass es Alternativen zu einer einseitig auf Industrialisierung und großflächiger Bewirtschaftung von Agrarflächen zwecks schneller und hoher Gewinnerzielung gibt. Nachhaltige Investoren sollten hier nach Anlagemöglichkeiten suchen.

5. Kapitalbedarf im Agrarsektor in Entwicklungsländern

Die oben geschilderten Probleme und Konflikte dürfen nicht zu dem Fehlschluss verleiten, dass kein Investitionsbedarf für die Landwirtschaft von Entwicklungs- und Schwellenländern vorhanden sei. Im Gegenteil, der Bedarf an Investitionen in ländlichen Entwicklungsgebieten ist hoch und gerade staatliche Investitionen, seien es Gelder der internationalen Geber oder inländische Projekte, in den ländlichen Bereich und in den landwirtschaftlichen Sektor sind in den letzten drei Jahrzehnten massiv zurückgegangen. In Agrarländern⁴ sank nicht zuletzt aufgrund der durch Schuldenkrisen erzwungenen Strukturanpassungsprogramme des IWF (Internationaler Währungsfonds) und der Weltbank der Anteil der Ausgaben für den Agrarbereich von etwa 7 % im Jahr 1980 auf nur noch 4 % im Jahr 2004 (Fritz 2010: 4). Und der Anteil der Gesamtinvestitionen der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) für den landwirtschaftlichen Bereich ging von 20 % (in 1979) auf 3 % im Jahr 2005 zurück.

Dieser Trend kehrt sich aktuell zwar wieder um und die Ausgaben für den Agrarbereich werden von der Entwicklungszusammenarbeit deutlich angehoben, erreichen aber bisher nicht das Niveau der 1980er Jahre und lagen zuletzt bei 5 % im Jahr 2011 (FAO 2012: 9).

Bei aller Dringlichkeit, staatliche Investitionen in die sich entwickelnde Landwirtschaft zu erhöhen, können diese alleine jedoch das Investitionsdefizit in der Landwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern nicht ausgleichen.

Berechnungen zufolge sollten private Investitionen bis 2050 um 50 % steigen, um die erwarteten 9 Mrd. Menschen ernähren zu können (Vgl. Lasch 2012: 22). Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) prognostiziert, dass bis zu diesem Zeitpunkt 70 % mehr landwirtschaftliche Produktion nötig sein wird (ETC (2009) zit.n. HLPE 2011: 20). In absoluten Zahlen ausgedrückt werden jährlich zusätzliche 83 Mrd. US-Dollar an Investitionen in den Agrarbereich benötigt, um die globalen Hunger- und Armutsreduktionsziele zu erreichen (Schmidhuber/ Bruinsma/Boedeker 2009 zit.n. FAO 2012: 8). An zusätzlichen Flächen werden 100–200 Mio. Hektar benötigt (PRI 2012: 4).



*Investitionen sind insbesondere im Wasserbereich notwendig,
Foto: International Maize and Wheat Improvement Center/
Flickr.com*

⁴ In diesen Ländern wird im Durchschnitt fast ein Drittel des BIPs im Agrarsektor erwirtschaftet.

6. Alternativen zur Landnahme

Die Höhe der tatsächlichen Investitionen wird aber nicht alleine entscheidend dafür sein, ob Armut gelindert wird, denn private Investitionen richten zum Teil mehr Schaden an, als sie nutzen, wenn sie sich allein an den Anlagezielen von Investoren orientieren.

Von durchdachten privaten Investitionen in die Landwirtschaft könnten jedoch KleinbäuerInnen durchaus profitieren, und die Situation in ländlichen Entwicklungsregionen verbessert werden. Dazu braucht es jedoch mehr als nur reine Landpachtungen und -käufe durch ausländische Investoren, die ihr Portfolio stabilisieren möchten und Alternativen zu niedrigverzinsten Staatsanleihen suchen.

Investoren müssen sich vielmehr über Situation der Bevölkerung vor Ort informieren und daran orientieren. Wird dieser Schritt gemacht, so wird klar, dass Geld in sehr vielen und unterschiedlichen Bereichen benötigt wird: Gebraucht werden etwa verbesserte Technologien wie eine effizientere Bewässerung, ein besserer Zugang zu Märkten, sowie Wissen über diese Märkte und geringere Kreditkosten (Vgl. Geary 2012: 7). Hierzu

gehören auch Möglichkeiten der Kühlung und sicheren Lagerung der Agrargüter, der Bau von Straßen, die Anschaffung von Transportmitteln oder verbesserte Kommunikationsmöglichkeiten z.B. über ein Mobilfunknetz.

Zentral für sinnvolle Agrarinvestitionen ist die Partizipation der KleinbäuerInnen. Ihre Zustimmung zu dem Erwerb des Landes und ihre Einbindung in die Planung von Infrastrukturprojekte und Modernisierungsmaßnahmen schafft die Grundlage dafür, dass diese Veränderungen nicht zu einer Verarmung auf dem Land führen, sondern dass sich ihre Situation verbessert. Ihre Einbindung ermöglicht es ihnen idealerweise eine Existenz in der veränderten Situation zu finden, sei es als profitabler arbeitende FarmerIn mit stabiler Kundenbasis, als Mitglied einer Genossenschaft oder als AngestellteR eines Betriebs, dessen Lohn es ermöglicht, eine Familie zu ernähren.



Fortbildung für BäuerInnen in Tansania,
Foto: Climate Change, Agriculture and Food Security/Flickr.com

► 6.1 Neue Modelle der Kooperation

Während eine lebhafte Debatte über die Nachteile großflächiger Landkäufe entstanden ist, wurden alternative Möglichkeiten von privaten Investitionen in die sich entwickelnde Landwirtschaft wenig beachtet. Dabei werden derzeit verschiedene Varianten der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und lokalen BäuerInnen entwickelt und ausprobiert. Neue Modelle der Zusammenarbeit stoßen auf Interesse, weil wie oben beschrieben Lebensmittelhändler und Agrarunternehmen zurzeit wieder einen direkteren Zugang zu den Produkten und damit zu ihren Erzeugern suchen.

Die Geschäftsmodelle reichen von neuen fairen Modellen der Vertragslandwirtschaft über Managementverträge bis zu großen Kooperativen.

Von **Vertragslandwirtschaft** spricht man, wenn ein Vertrag zwischen BäuerInnen und AbnehmerInnen also z.B. der lokalen Tochtergesellschaft eines großen Konzerns besteht, in dem der Abnehmer der Ware sich verpflichtet, Saatgut und Dünger zur Verfügung zu stellen. Der Bauer liefert im Gegenzug eine bestimmte Menge von Produkten in einer bestimmten Qualität zu einem festgelegten Preis ab. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass diese Form der Zusammenarbeit auf eine Ausbeutung der BäuerInnen hinaus läuft, da diese sich in eine große Abhängigkeit des Abnehmers begeben und gleichzeitig je nach Vertragsgestaltung das Risiko der Preisschwankungen zu tragen haben. Es gibt jedoch auch faire Varianten des Vertragsanbaus. Diese können z.B. so gestaltet sein, dass nicht einzelne BäuerInnen sondern Bauernkooperativen mit dem Konzern in Vertrag stehen, dass den BäuerInnen ein Training zuteilwird und ihnen ein relativ hoher und stabiler Preis garantiert ist (Vgl. Cotula / Vermeulen 2010: 39f.).

Beispiele für den für beide Seiten vorteilhaften Ver-

tragsanbau zeigen die Beschreibungen der indischen Aktiengesellschaft Jain Irrigation und des ägyptischen Unternehmens Sekem.

Managementverträge werden eingesetzt, wenn Besitzer großer Ländereien eine Agrar-Firma beauftragen, diese zu bewirtschaften. Ein solcher Vertrag kann z.B. zwischen lokalen Gemeinschaften und Agrarunternehmen geschlossen werden. Verträge dieser Art beinhalten neben dem Recht das Land zu nutzen auch die Pflicht des Landnutzers, das ihm anvertraute Land verantwortlich zu verwalten und seine Fruchtbarkeit zu erhalten. Die Entlohnung des Besitzers also z.B. der lokalen Gemeinschaft kann über eine feste Pacht oder über eine Teilhabe am Gewinn vollzogen werden (Vgl. Cotula / Vermeulen 2010: 50f.).

Der Papierkonzern Mondi beispielsweise schloss einen Vertrag mit der Siyathokaza Gemeinschaft in Südafrika. Dieser erlaubt dem Unternehmen gegen regelmäßige Pachtzahlung die Bewirtschaftung der Wälder, die sich im Besitz der Gemeinschaft befinden (Vgl. Cotula / Leonard 2010).

KleinbäuerInnen können ihre Verhandlungsmöglichkeiten gegenüber Agrarunternehmen sehr verbessern, wenn sie große **Kooperativen** bilden. Dies erleichtert den Zugang zu Produktionsmitteln und die gemeinsame Vermarktung ohne Zwischenhändler. Genossenschaftlich organisierte Kooperativen sind zudem eine demokratische Form der Unternehmensgestaltung und werden besonders in den Lieferketten des fairen Handels eingesetzt.

Ein Beispiel für diese Organisationsform ist die Kieni Dairy Products limited in Kenia, ein Unternehmen, das Milchprodukte für den lokalen Markt herstellt und im Besitz von sechs Milchbauernkooperativen ist (vgl. Cotula / Vermeulen 2010: 75).

► 6.2 Nachhaltige Investitionen in die Landwirtschaft?

Im Unterschied zu den Landnahme-Skandalen führen diese Beispiele für faire Organisationsformen in der Landwirtschaft in Entwicklungsländern kaum zu konkreten Anlageprodukten. AnlegerInnen, die nach Möglichkeiten suchen, ihr Geld sinnvoll im Agrarbereich zu investieren, sind deshalb auf einige wenige Angebote

alternativer Banken angewiesen.

Aktiengesellschaften, die sich auf den Agrarbereich spezialisieren und konsequent zu einer sozialverantwortlich nachhaltigen Landwirtschaft beitragen, gibt es sehr wenige. Eines dieser seltenen Beispiele ist das in-

dische Unternehmen Jain Irrigation. Einen wirklich nachhaltigen Agraraktienfonds gibt es nicht und kann es aufgrund der wenigen Titel, die diesem Anspruch gerecht werden, zurzeit nicht geben.

6.2.1 GLS Sekem

Der GLS Sekem Fonds wurde von der GLS Bank aufgelegt, um Investoren die Möglichkeit zu geben, direkt in einen landwirtschaftlichen Betrieb zu investieren. Die Gelder sollen gezielt für Investitionen in den wirtschaftlichen Ausbau des Unternehmens genutzt werden. Die Firma Sekem kommt durch den Fonds zu einem befristeten partiarischen Darlehen⁵ in Höhe von 5 Mio. Euro, der Kredit wurde schon mehrfach verlängert. Daneben ist die GLS Bank ebenso wie die Triodos-Bank mit 12 % Anteilseigner von Sekem und sitzt im Aufsichtsrat.

Sekem ist ein Unternehmen mit Geschäftseinheiten aus dem kulturellen, sozialen und landwirtschaftlichen Bereich und wurde vor über 30 Jahren in Ägypten gegründet. Da in Ägypten lediglich 3 % der Fläche landwirtschaftlich nutzbar sind und, bei wachsender Bevölkerung, ein großer Anteil der Lebensmittel importiert werden müssen, sind Investitionen in nachhaltige

Landwirtschaftsprojekte von großer Bedeutung. Sekem hat sowohl selbst Landbesitz, auf dem etwa 2.000 ArbeiterInnen 600 Hektar bewirtschaften. Zudem bezieht Sekem Produkte von kleinbäuerlichen Betrieben, die etwa 3.000 Hektar bewirtschaften. 93 % der von Sekem vertriebenen Produkte kommen aus diesen externen Quellen. Die 1.400 BäuerInnen sind Mitglieder der ägyptischen Genossenschaft der Bio-Bauern und produzieren in Demeter-Qualität. Angebaut und vertrieben werden hauptsächlich Kräuter sowie Obst und Gemüse.

Das Unternehmen hat einen breiten Ansatz gewählt, um ökologische und soziale Kriterien bei seinen Zulieferern und seinen eigenen Höfen zu verankern. Die Verträge für Zulieferer sind gemäß Fair-Trade Vorgaben gestaltet. Angestellte bekommen einen um 25 % höheren Lohn als den Mindestlohn, ebenso gibt es eine Krankenversicherung und einen Rentenplan. Ein firmeneigener Code of Conduct enthält Vorgaben zu Menschenrechten, Arbeitsbedingungen und Ähnlichem und basiert auf den ILO-Normen und der Menschenrechtserklärung der UN.

6.2.2 Hivos-Triodos-Fonds

Der Hivos-Triodos-Fonds wurde im Jahr 1994 von der Triodos-Bank und der Organisation Hivos aufgelegt, um gezielt erneuerbare Energien und in letzter Zeit ver-

⁵ Statt Zinsen wird bei einem partiarischem Darlehen eine Gewinn- bzw. Umsatzbeteiligung an das geldgebende Unternehmen überwiesen.



SEKEM-Farm, Foto: SEKEM

stärkt nachhaltige Landwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern zu fördern. Momentan hat der Fonds ein Volumen von 71 Mio. Euro. Mit lokalen Mikrofinanzinstitutionen und Fonds werden z.B. ländliche Kleinunternehmen und kleinbäuerliche Kooperativen unterstützt. Bis 2015 soll ein Viertel des Fondsvermögens in nachhaltige Landwirtschaft bzw. in die nachhaltige Herstellung von erneuerbaren Energien fließen. So werden z.B. gezielt Kredite an kleinbäuerliche Strukturen bzw. an Mikrofinanzinstitutionen vergeben, um deren Kapazität zu stärken, nachhaltige Landwirtschaft zu betreiben, etwa durch technische Verbesserungen. In Unternehmen, denen keine Finanzierung vor Ort zur Verfügung steht, investiert der Fonds direkt, wenn der Betrieb oder eine Gemeinschaft kleinbäuerlich organisiert ist, nachhaltige Landwirtschaft betreibt und die Fair-Trade-Prinzipien anstrebt. Die Vereinigung von Produzenten Aldea Global in Nicaragua erfüllt diese Bedingungen und bekam einen Kredit für die nachhaltige Erneuerung von Kaffeepflanzen, was äußerst wichtig für die BäuerInnen ist, da in dieser Zeit die neuen Sträucher drei Jahre lang keine Früchte liefern und somit auf Erträge dieser Pflanzen verzichtet werden muss. In Bolivien wird die Institution IDEPRO unterstützt, welche die Finanzierung von Wertschöpfungsketten im Agrarsektor bereitstellt.

6.2.3 Jain Irrigation

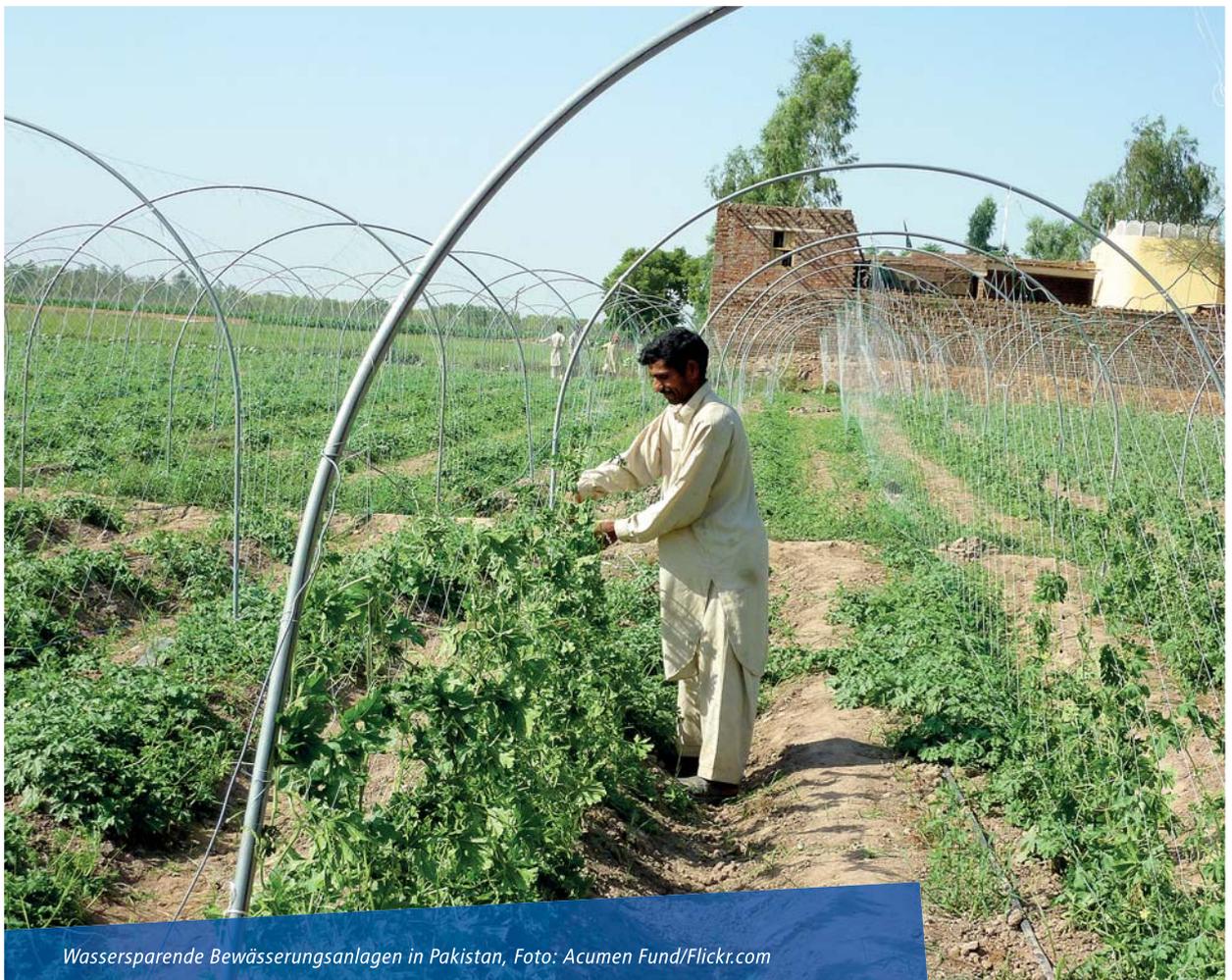
Das indische Unternehmen Jain Irrigation ist eine der weltweit führenden Hersteller von Bewässerungssystemen für die Landwirtschaft, insbesondere für Tröpf-



Produzenten für Aldea Global in Nicaragua, Foto: Shared Interest/Flickr.com

chen- und Mikrobewässerungssysteme, welche besonders wasser- und energiesparend sind. Bis zu 50 % des herkömmlichen Wasserverbrauchs kann somit eingespart werden. Ebenfalls von Bedeutung bei dieser Bewässerungstechnik ist die Ersparnis an Dünger, was nicht nur finanzielle Vorteile hat, sondern auch den Boden weniger auslaugt und CO₂-Emissionen einspart. Diese Technik ist besonders wichtig in Regionen, die

jetzt schon unter temporären Wassermangel leiden und sich im Zuge des Klimawandels von ernsthafter Wasserknappheit bedroht sind. Der Konzern arbeitet auf breiter Basis vor allem in Indien mit KleinbäuerInnen zusammen, die beim Erwerb von Jain Irrigation-Bewässerungsanlagen vom Staat unterstützt werden. Die restlichen Kosten haben sich oft schon nach einem Jahr amortisiert. Jain ist darüber hinaus Geschäftspartner von 4.000 Familienbetrieben, von denen das Unternehmen Produkte bezieht, die es weiterverarbeitet, vor allem Zwiebeln und Mangos. Betriebe, die mit Jain zusammenarbeiten, bekommen Zugang zu einem besseren Marketing ihrer Produkte, Fortbildungsmaßnahmen, Krediten sowie besserem Saatgut und Dünger. Momentan soll vor allem in Südasien und in die Türkei expandiert werden. Die KleinbäuerInnen profitieren von höheren Verkaufspreisen und sind weniger abhängig von wetterbedingter Bewässerung; die Einkommen steigen deutlich. Von den Bewässerungsanlagen profitieren 4,5 Mio. kleinbäuerliche Betriebe in Indien.



Wassersparende Bewässerungsanlagen in Pakistan, Foto: Acumen Fund/Flickr.com

7. Fazit

Eine landwirtschaftliche Wende hin zu langfristig tragfähigen Strukturen der Lebensmittelproduktion wird nur durch Investitionen ermöglicht, die sich an den Gegebenheiten der Landwirtschaft vor Ort orientiert und nicht ausschließlich an den Renditeerwartungen der Investoren. Die Erwartung, mittelfristig aus dem Land überdurchschnittliche Gewinne zu erzielen, steht in den meisten Fällen einer ökologisch und sozial angemessenen Bewirtschaftung entgegen.

Investoren, die ihr Kapital breiter streuen möchten und dabei Agrarinvestitionen mit berücksichtigen, sollten sich deshalb nach Angeboten umsehen, in denen die langfristigen Folgen für Mensch und Umwelt sorgsam bedacht und die Situation der AnwohnerInnen und kleinbäuerlichen Strukturen berücksichtigt wurden.



Ziel von Investitionen muss es sein, die Lebensbedingungen von KleinbäuerInnen zu verbessern, Foto: Annie Bungeroth/ CAFOD/Flickr.com

8. Literatur

- Act Now! (2013): NGOs call on PNG PM to revoke controversial land leases.
URL: <http://farmlandgrab.org/22607>
(letzter Abruf: 04.11.2013).
- Anseeuw, Ward et. al. (2012a): The State of Large-Scale Land Acquisitions in the "Global South". Analytical Report based on the Land Matrix Database. CDE/CIRAD/GIGA, Bern/Montpellier/Hamburg.
- Anseeuw, Ward et.al. (2012b): Land Rights and the Rush for Land. Findings of the Global Commercial Pressures on Land Research Project.
- Bloomberg: DWS Global Agriculture Land & Opportunities Fund Ltd.
<http://www.bloomberg.com/quote/DWSGALO:KY>
(letzter Aufruf: 11.11.2013.)
- Chu, Jessica (2012): Investigation Into German Involvement In Land Grabbing In Zambia. Case Study of the DWS investments in Zambia.
- Cotula, Lorenzo / Vermeulen, Sonja (2010): Making the most of agricultural investment – A survey of business models that provide opportunities for smallholders: iied, FAO (Hrsg.)
- FAO (2012): Trends and Impacts Of Foreign Investment In Developing Country Agriculture. Evidence from case studies.
- Friends of the Earth International (2013a): Sime Darby and land grabs in Liberia. Factsheet.
- Friends of the Earth International (2013b): Wilmar International and its financiers. Commitments and contradictions. Factsheet.
- Fritz, Thomas (2010): Das große Bauernlegen. Agrarinvestitionen und der Run auf's Land. FDCL e.V. (Hrsg.), Berlin.
- Geary, Kate (2012): „Our Land, Our Lives“. Time out on the global land rush. Oxfam. Oxford.
- Grain (2012): The Great Food Robbery: How Corporations control food, grab land and destroy the climate. Barcelona.
- Greenpeace International (2013): Certifying Destruction. Why consumer companies need to go beyond the RSPO to stop forest destruction.
- Herre, Roman / Spaargaren, Petra / van Gelder, Jan Willem (2010): German investment funds involved in land grabbing.
- HLPE (2011): Land tenure and international investments in agriculture. A report by the High Level Panel of Experts on Food Security and Nutrition of the Committee on World Food Security. Rom 2011.
- Kruchem, Thomas (2012): Der große Landraub. Bauern des Südens wehren sich gegen Agrarinvestitionen. Frankfurt am Main.
- Lasch, Hendrik (2012): Landraub. Einfach bodenlos. In: Politik & Umwelt, Öko-Test 2 / 2012, S.21–28.
- Minaya, Jose (2012): Preserving And Improving Existing Land And Resource Rights By TIAA-CREF, in: Principles for Responsible Investment (Hrsg.) : Responsible Investment in Farmland. A Compendium of Case Studies. S. 12–13.
- Parker, Diana: Palm oil deal undermines efforts to resolve 25-year conflict in Sumatra (2013): in: Mongabay, 15.10.2013
<http://farmlandgrab.org/post/view/22681-palm-oil-deal-undermines-efforts-to-resolve-25-year-conflict-in-sumatra>
- Principles for Responsible Investment (Hrsg.) (2012): Responsible Investment in Farmland. A Compendium of Case Studies.
- The Land Matrix. Beta version 2.0. International Land Coalition (ILC), Centre de Coopération Internationale en Recherche Agronomique pour le Développement (CIRAD), Centre for Development and Environment (CDE), German Institute for Global and Area Studies (GIGA) and Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), April 2013.
<http://www.landmatrix.org/>.
(letzter Abruf: 04.11.2013).
- Transnational Institute (TNI) (2012):The Global Land Grab. A primer.

Bitte schicken Sie mir:

- Publikation (Titel eintragen)
-
- Exemplare des SÜDWIND-Faltblatts (Anzahl):
- Informationen zur Stiftung SÜDWIND
- Jahresbericht 2012
- Eine Publikationsliste
- Bitte setzen Sie mich auf den Verteiler für den Newsletter und weitere Informationen.

Meine E-Mail-Adresse:

Schicken Sie das Material an folgende Adresse:

Name, Vorname

Ggf. Institution

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Mitmachen!

Wir leben von der Unterstützung unserer Mitglieder und Förderer. Setzen Sie sich mit SÜDWIND für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit ein. Wir möchten unabhängig bleiben, auch unbequeme Fragen stellen und nicht nur einfache Antworten geben. Bitte helfen Sie uns dabei.

Über unsere Veröffentlichungen erhalten Sie Anregungen dazu, was Sie selbst im alltäglichen Leben tun können, um sich gegen Armut und Ungleichheit einzusetzen. Wir bieten einen Einblick in aktuelle Forschungsergebnisse und berichten über die Arbeit von SÜDWIND mit zusätzlichen Hintergrundinformationen. Mit Hilfe unserer Stiftung SÜDWIND wird die Arbeit von SÜDWIND aus den Zinserträgen des Stiftungsvermögens gefördert. Die Stiftung legt ihr Geld nach strengen ethischen und ökologischen Kriterien an.

Unsere Mitglieder und Förderer haben die Möglichkeit, die Arbeit von SÜDWIND mit zu gestalten. So tragen wir Themen und Forderungen im Namen unserer Mitglieder in Netzwerke, Gesellschaft und Politik.

Machen Sie mit!

Ja, ich möchte Mitglied bei SÜDWIND e.V. werden!

Vorname, Name

E-Mail

Lastschriftinzug Überweisung Rechnung

Die Abbuchung soll erfolgen

vierteljährlich halbjährlich jährlich

Der Mindestbeitrag beträgt für Privatpersonen jährlich 70 €.

70 100 140 210

anderer Beitrag

Der Mindestbeitrag beträgt für Institutionen jährlich 250 €.

250 500

anderer Beitrag

Der Mindestbeitrag beträgt für Fördermitglieder jährlich 25 €.

.....

anderer Beitrag

Sie erhalten in Kürze eine schriftliche Bestätigung Ihrer Mitgliedschaft. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Ort, Datum Unterschrift(en)

WC 13020

SEPA-Lastschriftmandat (SEPA Direct Debit Mandate)
für SEPA-Basis-Lastschriftverfahren/for SEPA Core Direct Debit Scheme

Name und Anschrift des Zahlungsempfängers (Gläubiger)
SÜDWIND e.V. · Lindenstraße 58-60 · 53721 Siegburg

Gläubiger-Identifikationsnummer (CI/Creditor Identifier) **Mandatsreferenz**
DE27ZZZ00000033336 wird nachgereicht

SEPA-Lastschriftmandat

Ich/Wir ermächtige(n) SÜDWIND e.V. Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise(n) ich/wir mein/unser Kreditinstitut an, die von SÜDWIND e.V. auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber (Vorname, Name)

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Kreditinstitut BIC

IBAN

Ort, Datum Unterschrift(en)

SÜDWIND e.V.

Lindenstraße 58-60
53721 Siegburg

Tel.: +49 (0)2241-26 609 0
Fax: +49 (0)2241-26 609 22
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

Bankverbindung des Vereins:

SÜDWIND e.V.
KD-Bank (BLZ 350 601 90)
Konto-Nr.: 99 88 77
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODED1DKD

Bankverbindung der Stiftung:

Stiftung SÜDWIND
Ethikbank Eisenberg BLZ 830 944 95)
Konto-Nr.: 308 40 00
IBAN: DE12 8309 4495 0003 0840 00
BIC: GENODEF1ETK

Nicht zu verkaufen!

Agrarland in Entwicklungs- und Schwellenländern als neues Anlageprodukt.

Das Thema Landnahme und Flächenkonkurrenz betrifft zunehmend auch PrivatanlegerInnen und Bankkunden, für die häufig unklar ist, welcher Anbieter von Anlageangeboten welche Verbindung zu Landkonflikten in Entwicklungs- und Schwellenländern hat.

Die Broschüre soll für die grundlegende Problematik großflächiger Investitionen in den Agrarsektor in Entwicklungs- und Schwellenländern sensibilisieren und durch einige Beispiele soziale und ökologische Risiken analysieren, die mit solchen Investitionen einhergehen.

Anhand konkreter Anlage-Angebote werden die Risiken, auch für deutsche SparerInnen, an Landnahmen mit zu verdienen, deutlich gemacht.

Gezeigt wird auch, dass nicht jede Investition in den Landwirtschaftsbereich in Entwicklungs- und Schwellenländern eine schädliche Wirkung für die lokale Bevölkerung hat, sondern der Bedarf an Investitionen durchaus vorhanden ist. Es werden anhand einiger Beispiele wichtige Faktoren herausgearbeitet, die eine nachhaltige und für kleinbäuerliche Betriebe gewinnbringende Landwirtschaft ermöglichen. Alternative Anlagemöglichkeiten werden als Beispiele vorgestellt.

Bezug:
SÜDWIND e.V. –
Institut für Ökonomie und Ökumene
Preis: 5,00 Euro
Ab 10 Exemplaren: 3,00 Euro
(zuzüglich Versandkosten)



SÜDWIND e.V.

Lindenstraße 58–60
53721 Siegburg

Tel.: +49 (0)2241-26 609 0
Fax: +49 (0)2241-26 609 22
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

Bankverbindung des Vereins:

SÜDWIND e.V.
KD-Bank (BLZ 350 601 90)
Konto-Nr: 99 88 77
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODED1DKD

Bankverbindung der Stiftung:

Stiftung SÜDWIND
Ethikbank Eisenberg BLZ 830 944 95)
Konto-Nr.: 308 40 00
IBAN: DE12 8309 4495 0003 0840 00
BIC: GENODEF1ETK